

Fernsprecher:
Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14787

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden - A. 16, Halbinselstraße 40

Sächsische
Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus 22 M. ...

Anzeigenpreis: Die eingetragene Zeitschrift 5 M. für Familien- und Vereinsanzeigen ...

Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vormittags.

Sieg der christlichen Liste bei den
Dresdner Elternratswahlen

Bei den am gestrigen Sonntag in Dresden stattgefundenen Elternratswahlen haben die Anhänger der christlichen Schule abermals einen Sieg davongetragen.

vor die Zuständigkeit eines außerordentlichen Gerichtes gehörten. Soweit Bayern gerade wegen der Annahme dem Gesetz keine Zustimmung nicht geben wollte, ist zu sagen, daß Bayern die in der Verordnung des Reichspräsidenten aus dem Jahre 1921 vorgesehenen außerordentlichen Gerichte gar nicht eingeseht hat.

Mit der Geschäftslage des Reichstages

befasste sich am Freitagabend der Reichstagsrat. Er kam dahin überein, daß der Montag sittingsfrei bleiben soll.

werden und am Mittwoch beginnt die erste Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik in Verbindung mit einer Interpellation der Linksparteien betr. die monarchistischen Umtriebe.

Zu einer neuen Demonstration

am Dienstag, den 4. Juli, rufen die drei sozialistischen Parteien und die sozialdemokratischen Gewerkschaften in einem Aufruf, den der 'Vorwärts', die 'Freiheit' und die 'Rote Fahne' veröffentlichten, auf. Es sollen bei dieser Demonstration die Forderungen der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien an die Regierung zum Schutze der Republik zur Abstimmung gebracht werden.

Ein Wort an die Landwirte

Von Staatsminister a. D. Siegetwald

Die Getreideumlage war in den letzten Wochen vor der Ernennung Dr. Rathenaus zum Mittelpunkt der inneren Politik geworden. Auf der einen Seite hatten die landwirtschaftlichen Organisationen alles aufzubieten, um eine neue Getreideumlage zu verhindern, während auf der anderen Seite die Verbraucher sich mit derselben Entschlossenheit für die Beibehaltung der Getreideumlage einsetzten.

Die Vorlage der Reichsregierung leidet an einem großen Fehler. Dadurch, daß statt der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche erneut die Getreideanbaufläche zur Grundlage der Umlage genommen wurde, liegt in dem Gesetz eine ungerechtfertigte Tendenz. Denn bildet das Gesetz eine Produktionsneuernde Tendenz, dann bildet das Gesetz eine Ungerechtfertigung für die überwiegend Getreideanbauenden im Vergleich zu den übrigen Landwirten, die für Kartoffeln, Zuckerrüben, Fleisch usw. den völlig freien Preis bekommen.

Der Schutz der Republik

Zum Verständnis für das am Dienstag den 4. Juli dem Reichstag zugehende Gesetz zum Schutze der Republik dienen folgende Ausführungen eines geschätzten Mitarbeiter.

Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder haben in der vergangenen Woche dem Kaiser des Reichspräsidenten Dr. Wirth entsprechend sich in Berlin eingefunden und haben Kenntnis genommen von dem durch die Reichsregierung vorbereiteten Gesetz zum Schutze der Republik.

In der Zentrumspartei besteht für die Abweisung der Landwirtschaft gegen die Fortsetzung der Zwangsumlage im Getreide weitgehendes Verständnis. Es liegt nahe, daß nach achtjähriger Getreidezwangsumlage der Landwirt endlich wieder die Freiheit haben möchte. Dazu kommt, daß den Landwirten im vorigen Jahre in Aussicht gestellt ist, es handle sich um 1921/22 wohl um die letzte Getreideumlage.

Zu den Verhandlungen wurde an Verbesserungen nachzusehen versucht, was möglich war. Erzielt wurde im Ausschuss, insbesondere auf Betreiben der Vertreter der Zentrumspartei: 1. Der äußerste Preis, der für den Augenblick politisch erreichbar war (die Preisfrage drohte noch im letzten Augenblick zur Reichsentscheidung zu führen).

In der Form des Gesetzes, die uns bekannt geworden ist, werden auch viele Kreise der bürgerlichen Parteien Demüßnisse sehen. Es ist nämlich zum Schluß des Gesetzes, es sei das der § 14, eine Definition zu geben versucht worden für das, was unter dem Gesetz wiederholt gebrauchten Worten 'Republikanische Staatsform' zu begreifen sei.

Im volkswirtschaftlichen Ausblick, der die Getreideumlage zu betonen hatte, war man sich denn auch darüber einig, daß für die Rinderbesitzer verbilligtes Brot bereit gestellt werden müsse. Umeinst dagegen war man sich über das Die. Die Vertreter der Landwirtschaft glaubten zunächst durch Schaffung einer Protektion die Getreideumlage hinaushalten zu können.

Es besteht Einigkeit darüber, daß in wenigen Tagen diese so schwierige Materie im volkswirtschaftlichen Ausblick des Reichstages nicht abfertigend erledigt werden konnte. Hoffentlich sehen wir das nächste Jahr nicht wieder vor ähnlich anomalen Verhältnissen wie gegenwärtig.

Nun kommt noch als Hauptpunkt die Annahme. Wir wissen, daß die Bestimmungen über die Annahme, die dieses Gesetz bringen wird, keinesfalls lediglich ein Kompromiß vor den Forderungen der Gewerkschaften und der vereinigten Sozialisten bringen wird.

Daneben ist die in der Landwirtschaft umlaufende Behauptung, daß alle anderen Produktionszweige frei seien, während die Landwirtschaft allein Opfer bringen solle, durchaus falsch. Richtig ist vielmehr, daß die Kohle mit 40 Proz. Sondersteuer und 12 M. Wohnungsabgabe pro Tonne für Bergmannsleistungen belastet ist; dadurch sind nicht nur die Gewinne des Bergbaues außerordentlich begrenzt, sondern auch den Bergarbeiterlöhnen enge Schranken gezogen.

Der Wort an dem Reichsminister Dr. Rathenau hat sodann auch die Frage der Getreideumlage außerordentlich kompliziert, insbesondere auch eine Verständigung zwischen Zentrum und links sehr erschwert; ein Zusammengehen aber zwischen dem Zentrum und rechts war nicht möglich, einmal weil dafür im Reichstag keine Mehrheit vorhanden ist, und dann auch deshalb nicht, weil das praktisch zumal nach der Ernennung Rathenaus bestimmt die Reichsentscheidung bedeuten hätte.

Ich glaube, die Gesamtlage nicht aus engen parteipolitischen und interessenpolitischen Gesichtspunkten, sondern vom Interesse des Gesamtstaates und des Volkes behandelt zu haben. Bemühen wir uns also allseitig, statt weiterer Auseinandersetzungs- politischer sozialer Sammelungs- politik zu betreiben.